

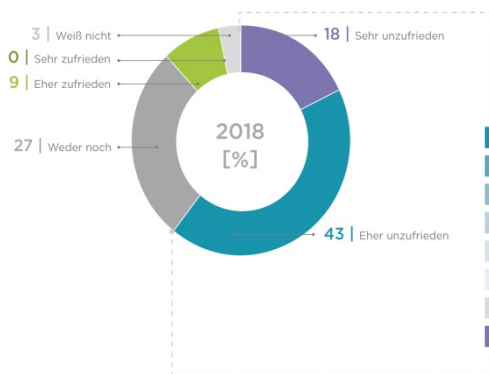


Pressemitteilung

Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende: Kritik an Umsetzung der Energiewende nimmt deutlich zu – Bevölkerung will mehrheitlich sozialen Ausgleich beim Klimaschutz

BUNDESREGIERUNG KANN GROSSTEIL DER BEVÖLKERUNG BEI ENERGIEWENDE NICHT ÜBERZEUGEN

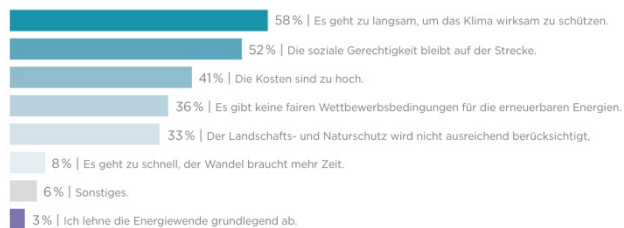
Wenn Sie einmal daran denken, wie die Energiewende umgesetzt wird, wie zufrieden sind Sie diesbezüglich mit der Politik der Bundesregierung?



n = 6.464 (2018), 7.321 (2017) | Datenquelle: IASS/dynamis 2018/2017
*Die Differenz zum Vorjahr beträgt ohne Ab- oder Aufrundung nur 0,3 Prozentpunkte.

ZU WENIG KLIMASCHUTZ UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Was stört Sie am meisten an der Umsetzung der Energiewende durch die Bundesregierung?



n = 3.932 | Datenquelle: IASS/dynamis 2018

Eine große Mehrheit der Bevölkerung steht weiterhin hinter der Energiewende, quer durch alle Bildungs-, Einkommens- und Altersgruppen. Im Vergleich mit dem ersten Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende von 2017 ist bemerkenswert, dass mehr Menschen die Umsetzung der Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe einschätzen, an der sie selbst mitwirken möchten. Mehr Kritik gibt es allerdings an der Umsetzung der Energiewende durch die Bundesregierung, drei Viertel der Befragten bewerten die Energiewende in Deutschland als „teuer“, über die Hälfte als „chaotisch“ und „ungerecht“. Die Bevölkerung wünscht sich zudem, dass es beim Klimaschutz schneller vorangeht aber auch, dass soziale Gerechtigkeit stärker als bisher berücksichtigt wird. Skepsis gibt es noch bei der Bereitschaft, mehr für den Klimaschutz zu zahlen, eine relative Mehrheit möchte dafür eine Entlastung. Auch bei der Zustimmung zur Elektromobilität und der Investition in eine eigene Wind- oder Solaranlage gibt es Zurückhaltung.

Das sind zentrale Ergebnisse des 2018 zum zweiten Mal erstellten Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers zur Energiewende, das in Berlin vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), der 100 Prozent erneuerbar Stiftung und der innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft vorgestellt wurde, die gemeinsam die Partnerschaft [dynamis](#) bilden. Über 6.500 Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wurden zu ihren Einstellungen, Erfahrungen und Präferenzen der Energiewende befragt.



Ortwin Renn, geschäftsführender Direktor am IASS sagt zu den Ergebnissen: „Die Menschen in Deutschland wollen die Energiewende und sie haben ein feines Gespür für ein ökologisches, sozial gerechtes Energiesystem und nachhaltigen Klimaschutz. Mit der Umsetzung der Energiewende verbinden jedoch viele inzwischen ein zu wenig abgestimmtes und geordnetes Vorgehen der Parteien - die kritische Sicht auf die Energiepolitik der Parteien hat stark zugenommen. Bemerkenswert ist, dass es vielen schlicht und ergreifend mit der Energiewende nicht schnell genug vorangeht. Gleichzeitig wollen sie aber, dass diejenigen, die unter den möglichen Belastungen der Energiewende leiden, auch solidarisch von den anderen unterstützt werden.“

Daniela Setton, Autorin der Studie und Senior wissenschaftliche Mitarbeiterin am IASS, sagt:

„Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Menschen in Deutschland gleichermaßen Klimaschutz wie sozialen Ausgleich wollen. Beide Aspekte müssen in zentralen Bereichen der Energiewende stärker zusammengebracht werden, das ist eine der Kernaufgaben der Bundesregierung. So ist es fast der Hälfte der Befragten wichtig, dass der Windausbau an Land nicht gegen die vor Ort betroffene Bevölkerung durchgesetzt wird. Und die Einführung von CO₂-Preisen dürfte nur mit einem für die Mehrheit überzeugenden und sichtbaren Kompensationsmechanismus ausreichend Akzeptanz finden. Eine zentrale politische Aufgabe ist aber auch, für die Menschen im Alltag praktikable, attraktive und bezahlbare Handlungsalternativen zum Verbrauch fossiler Energien zu schaffen, daran fehlt es noch, beispielsweise bei der Mobilität aber auch beim Heizen.“

Für **René Mono**, geschäftsführender Vorstand 100 Prozent erneuerbar Stiftung, zeigt das Barometer: „Wir können mit der Energiewende nicht weiter machen wie bisher. Die Menschen fordern eine gerechtere Verteilung der Kosten und einen lösungsorientierten Umgang mit Zielkonflikten. Vor allem aber erscheint ein Aspekt wichtig: Diejenigen, die von der Energiewende betroffen sind, müssen sich als Gewinner der Energiewende fühlen können, nicht als Leidtragende.“

Stephan Muschick, Geschäftsführer innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft sagt: „Eine dezentrale, auch auf neuen technologischen Lösungen basierende Energiewende kommt ohne Menschen, die offen sind für neue Rollen, nicht aus. Vor diesem Hintergrund sollten einige Ergebnisse des Barometers als Weckruf verstanden werden – mehr zu werben und mehr Vertrauen zu schaffen für heute noch ungewohnte Anwendungen, inklusive einer verantwortungsvollen Nutzung von Daten.“



Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vollständigen Ergebnisse finden Sie in der [Broschüre „Soziales Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2018“](#)

➤ Zustimmung zur Energiewende weiterhin hoch

In den Augen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung ist die Energiewende grundsätzlich auf dem richtigen Weg. 90 Prozent der Bevölkerung befürworten die Energiewende, quer durch alle Bildungs-, Einkommens- und Altersgruppen, gleichermaßen auf dem Land wie in den Städten. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als bei der Befragung 2017.

80 Prozent der Bevölkerung sehen die Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe, zu der jeder in der Gesellschaft einen Beitrag leisten sollte. Dies ist eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahresergebnis (+5). Dem stimmen auch 76 Prozent (+ 6) der einkommensschwächeren Haushalte zu.

➤ Kritik an der Umsetzung der Energiewende hat zugenommen

Die kritische Sicht auf die Umsetzung der Energiewende hat deutlich zugenommen. 47 Prozent der Befragten bewerten den Stand Energiewende in Deutschland unterm Strich mehrheitlich als negativ. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung um 14 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorjahresbefragung, bei der noch eine positive Einschätzung überwog.

Die Energiewende wird in allen für die Soziale Nachhaltigkeit relevanten Aspekten wie Gerechtigkeit, Bürgernähe, Kosten und politische Steuerung um mehrere Prozentpunkte kritischer gesehen als im Jahr 2017.

➤ Unzufriedenheit mit der Energiewende-Politik der Bundesregierung gestiegen

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (61 Prozent) ist mit der Politik der Bundesregierung im Hinblick auf die Umsetzung der Energiewende unzufrieden, dies ist eine deutliche Steigerung um zwölf Prozentpunkte im Vergleich zur Befragung 2017. Auch die Mehrheit der Anhänger der Regierungsparteien ist in Sachen Energiewende mit der Bundesregierung unzufrieden. Als einen der wichtigsten Gründe für die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung nennen 58 Prozent derjenigen, die mit der Energiewende unzufrieden sind, eine zu langsame Umsetzung der Energiewende und damit fehlende Wirksamkeit beim Klimaschutz. Knapp über die Hälfte (52 Prozent) stört am meisten, dass die soziale Gerechtigkeit nicht ausreichend Berücksichtigung findet.

➤ Vertrauen in die Energiewende-Kompetenz der Parteien gesunken – nur Grüne legen zu



Erneut kann keine der im Bundestag vertretenen Parteien die Bevölkerung bei der Umsetzung der Energiewende mit großer Mehrheit von sich einnehmen: Fast jeder Dritte (31 Prozent) ist von keiner der Parteien überzeugt, wenn es um Umsetzung der Energiewende geht, dies ist eine Steigerung um acht Prozentpunkte.

Den höchsten Kompetenzwert bei der Energiewende erreichen Bündnis 90/Die Grünen mit 27 Prozent. Aber auch die Grünen können in Sachen Energiewende nur etwa ein Viertel der Bevölkerung überzeugen.

- Bundesweit unverändert hohe Mehrheit für Kohleausstieg – aber in Braunkohleregionen nimmt Skepsis zu

Bundesweit liegt die Zustimmung zum Kohleausstieg bei knapp zwei Dritteln der Bevölkerung (64 Prozent, + 1). Damit hat der Ausstieg aus der Kohle inzwischen eine gleich hohe Zustimmung wie der Atomausstieg (64 Prozent, -4). Insgesamt 13 Prozent (+2) lehnen den Kohleausstieg ab, davon 4 Prozent strikt. In den östlichen Bundesländern (inkl. Berlin) ist die Befürwortung des Kohleausstiegs geringer (51 Prozent zu 67 Prozent West) und die Ablehnung leicht erhöht (18 Prozent zu 11 Prozent West).

In den besonders betroffenen Regionen und Bundesländern zeigt sich ein differenzierteres Bild. Trotz einer weiterhin vorhandenen Mehrheit für den Ausstieg ist die Ablehnung in allen Braunkohleregionen gestiegen. In der zweitgrößten deutschen Braunkohleregion, der Lausitz, sind 43 Prozent gegen den Kohleausstieg.

- Mehrheit steht hinter Klimaschutzzielen – aber auch für Rücksichtnahme auf Industrie und betroffene Regionen

Eine Mehrheit von 87 Prozent der Bevölkerung steht hinter den deutschen Klimaschutzzielen bis 2020 und will diese trotz eines voraussichtlichen Verfehlens nicht aufgeben. Dies gilt einkommens- und parteiübergreifend.

Die Hälfte (51 Prozent) der Befragten ist jedoch dafür, die Ziele zeitlich aufzuschieben, um den betroffenen Regionen und der Industrie mehr Zeit zur Umstellung zu lassen. Knapp über ein Drittel (36 Prozent) will hingegen, dass die Bundesregierung unbedingte Priorität auf schnellen Klimaschutz legt, auch wenn es in den Regionen zu Belastungen kommt.

- Breite Zustimmung für CO₂-Preise – aber Mehrheit will dafür Entlastung

Eine Mehrheit von 54 Prozent findet moderat steigende Energiepreise gerechtfertigt. Allerdings ist diese Haltung bei einkommensstarken Haushalten mit 64 Prozent der Befragten öfter anzutreffen. Jeder Fünfte hält solche Preisveränderungen für nicht gerechtfertigt (22 Prozent). Ebenso würden einkommensstärkere Haushalte mehr für das Autofahren oder Fliegen bezahlen (45 Prozent), während der Anteil bei einkommensschwächeren Haushalten bei 23 Prozent rangiert.



In Kombination mit Entlastungen an anderer Stelle akzeptieren fast die Hälfte (46 Prozent) höhere Preise für mehr Klimaschutz bei Wärmeversorgung oder Mobilität. Der Wunsch nach einer Entlastung ist bei Autobesitzern (48 Prozent) am stärksten verbreitet. Unter den Personen ohne eigenes Auto sprachen sich 31 Prozent dafür aus.

- Verhaltene Zustimmung zur Elektromobilität – aber Mehrheit gegen Verbot von Verbrennungsmotoren bis 2030

Über die Hälfte der Befragten (55 Prozent) befürwortet den Ausbau der Elektromobilität in Deutschland, während 15 Prozent dies ablehnen. Vor allem Jüngere zwischen 18 und 29 Jahren stehen dem Ausbau der Elektromobilität positiv gegenüber: 67 Prozent dieser Zielgruppe befürworten dies. Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung (54 Prozent) lehnt ein Verbot des Verbrennungsmotors bis 2030 ab; dies gilt weitestgehend parteiübergreifend.

- Solar-Dachanlagen: mit Abstand am beliebtesten unter den erneuerbaren Technologien

Nur 5 Prozent lehnen den Ausbau von Solardächern ab, während sich 81 Prozent der Bevölkerung klar für Solaranlagen auf Dächern aussprechen, selbst in stark besiedelten Gebieten (80 Prozent). Damit nehmen Dachanlagen den Spitzenplatz unter den erneuerbaren Technologien ein. Denn im Gegensatz dazu lehnen wiederum 22 Prozent der Bevölkerung den Ausbau von Windanlagen an Land ab, sieben Prozent sogar strikt.

- Windausbau an Land: Anzahl der Anlagen im direkten Wohnumfeld zentraler Faktor für Akzeptanz

Auch bei großer Betroffenheit von Windanlagen im unmittelbaren Wohnumfeld (unter fünf Kilometer) fühlen sich die Menschen davon mehrheitlich nicht gestört. Dies ändert sich aber, wenn sich die Anlagen in geringer Entfernung vom Wohnhaus stark häufen. Auch sinkt dann die Akzeptanz: 69 Prozent der Personen, die sich von einer Windanlage in ihrer Nähe gestört fühlen, lehnen den weiteren Ausbau von Windanlagen an Land ab. Diese Bevölkerungsgruppe beurteilt die Energiewende zugleich öfter als ungerecht (80 Prozent) und elitär (69 Prozent) als diejenigen, die sich nicht gestört fühlen. Eine große Mehrheit von denjenigen (83 Prozent), die sich von Windrädern in der Wohnumgebung gestört fühlen, kann sich auch vorstellen, gegen weitere geplante Windräder zu protestieren

- Knappe Mehrheit findet: Bürgerbeteiligung wichtiger als schneller Windausbau

Eine Mehrheit von 86 Prozent spricht sich für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Planungsprozess von Windanlagen aus, Betroffene sollen sogar die letzte Entscheidung darüber haben, ob in einer Region weitere Windanlagen gebaut werden (55 Prozent). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung finden fast die Hälfte, dass eine Bürgerbeteiligung wichtiger sei als ein schneller Ausbau.



➤ Mitwirkung als „Prosumer“: Wohnsituation ist entscheidend

Wer bisher in eine Solar- oder Windenergieanlage investiert hat, ist in der Regel Eigenheimbesitzer (93 Prozent). Lediglich vier Prozent sind Mieterinnen und Mieter. Jeder Fünfte wäre grundsätzlich bereit, innerhalb der kommenden zwei Jahre in eine eigene Solar- oder Windanlage zu investieren, während sich dies mehr als die Hälfte (62 Prozent) nicht vorstellen können. 41 Prozent begründen ihre fehlende Investitionsbereitschaft damit, dass sie in einem Mietverhältnis leben, jeweils 28 % geben an, dass es sich für Sie nicht lohne oder zu teuer sei.

➤ Flexibilität beim Stromverbrauch – aber wenig Interesse an flexiblen Tarifen

Im Hinblick auf die Nutzung von Waschmaschine und Geschirrspüler gibt eine Mehrheit der Haushalte an, beim Stromverbrauch flexibel zu sein. Das Interesse an der Nutzung flexibler Tarife mit schwankenden Strompreisen ist aber gering und liegt bei nur 8 % der Befragten. Sollte es flexible Stromtarife geben, dann würden die meisten Befragten (42 Prozent) eine digitale Anzeige wählen – das sogenannte Ampelmodell – das den Haushalten die Strompreise anzeigt, aber ihnen die Entscheidung überlässt, ob sie ihren Stromverbrauch anpassen oder nicht. Etwa drei Viertel (74 Prozent) lehnen es ab, dass der Energieversorger von außen den Stromverbrauch der Haushaltsgeräte nach der Preisentwicklung steuert.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Matthias Tang

Presse & Kommunikation

**Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung/
Institute for Advanced Sustainability Studies e.V. (IASS)**

Berliner Straße 130, 14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 288 22-340

E-Mail matthias.tang@iass-potsdam.de / sabine.letz@iass-potsdam.de

www.iass-potsdam.de

Das IASS forscht mit dem Ziel, Transformationsprozesse hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft aufzuzeigen, zu befördern und zu gestalten, in Deutschland wie global. Der Forschungsansatz des Instituts ist transdisziplinär, transformativ und ko-kreativ: Die Entwicklung des Problemverständnisses und der Lösungsoptionen erfolgen in Kooperationen zwischen den Wissenschaften, der Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft. Ein starkes nationales und internationales Partnernetzwerk unterstützt die Arbeit des Instituts. Zentrale Forschungsthemen sind u.a. die Energiewende, aufkommende Technologien, Klimawandel, Luftqualität, systemische Risiken, Governance und Partizipation sowie Kulturen der Transformation. Gefördert wird das Institut von den Forschungsministerien des Bundes und des Landes Brandenburg.